

Abstimmung vom 30. November 2014: Nein zu Klassengrösseninitiative und Gegenvorschlag

Die kantonale Volksinitiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)» sowie der Gegenvorschlag müssen abgelehnt werden. Bei einer Annahme würden insbesondere und einmal mehr für die Gemeinden massive Mehrkosten anfallen. Demgegenüber würde kein Problem unserer Schulen gelöst, denn guter Unterricht hängt nicht von der Klassengrösse ab. Die SVP hat Lösungsvorschläge, welche die Probleme bei der Wurzel anpacken und nicht nur Symptome bekämpfen.

Klassenbildung im Kanton Zürich

Die Bildungsdirektion teilt den Schulgemeinden im Kanton Zürich, gemessen an der Schülerzahl, eine gewisse Anzahl Lehrerstellen (sogenannte „Vollzeiteinheiten“, das sind 100-Prozent-Stellen) zu. Eine Gemeinde erhält aktuell pro 16 Schülerinnen und Schüler (im Folgenden: Schüler) eine Vollzeiteinheit. Dazu besteht noch ein kantonaler „Reserve-Pool“ mit 160 Lehrerstellen. Über diesen Pool werden Schulgemeinden, welche Schwierigkeiten bei der Klassenbildung haben, zusätzliche personelle Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Klassen im Kanton Zürich sind mit durchschnittlich weniger als 20 Schülern vergleichsweise klein. Bereits heute ist eine Obergrenze von maximal 25 - in Ausnahmefällen 28 – Schüler pro Jahrgangsklasse vorgegeben. Klassen mit mehr als 26 Schülern sind aber sehr selten, wie auch nachstehende Tabelle zeigt. Für die Kindergartenstufe und die Mehrjahrgangsklassen liegt die Obergrenze bei 21 Schülern. Auf der Sekundarstufe der Abteilungen B und C gelten ebenfalls geringere Klassengrössen (23 bzw. 18 Schüler).

Untenstehende Tabelle betreffend Verteilung der Klassengrössen im Schuljahr 2013/14 zeigt auf, dass es verhältnismässig wenige grosse Klassen gibt:

| Klassengrösse | Anzahl Klassen | |
|---|-----------------------|-------|
| 20 Schülerinnen und Schüler und weniger | 3759 | 55,8% |
| 21 Schülerinnen und Schüler | 928 | 13,8% |
| 22 Schülerinnen und Schüler | 870 | 12,9% |
| 23 Schülerinnen und Schüler | 564 | 8,4% |
| 24 Schülerinnen und Schüler | 327 | 4,8% |
| 25 Schülerinnen und Schüler | 161 | 2,4% |
| 26 Schülerinnen und Schüler und mehr | 125 | 1,9% |
| Total | 6734 | |

Quelle: Abstimmungsbroschüre Kanton Zürich; https://www.zh.ch/internet/de/aktuell/wahlen_abstimmungen.html

Klassengrösseninitiative und Gegenvorschlag

Die Klassengrösseninitiative verlangt, dass eine Klasse auf allen Volksschulstufen nicht mehr als 20 Schüler enthalten darf. Alle Klassen im Kanton Zürich, die mehr als 20 Schüler aufweisen, müssten demnach verkleinert werden. Der Gegenvorschlag geht etwas weniger weit. Er gibt keine konkrete Klassengrösse vor, sondern möchte den kantonalen „Reserve-Pool“ von zurzeit 160 Lehrerstellen um 100 auf 260 aufstocken.

Darum ein doppeltes Nein

Die Klassengrösseninitiative ist starr und erschwert den Schulalltag. Wird die Höchstzahl von 20 Schülern pro Klasse überschritten, müssten einzelne Schüler in andere Schulhäuser umgeteilt oder Klassen aufgeteilt werden. Es kann so sein, dass Klassen bei Neuzuteilungen nach einem Jahr wieder

auseinandergerissen werden müssten. Auch eine Versetzung in andere Schulhäuser kann bei kleineren Gemeinden die Folge sein. Für die Schulen bedeutet das einen erheblichen Mehraufwand und auch für die betroffenen Schüler und Schulklassen ist es unbefriedigend.

Die finanziellen Folgen sind enorm. Gemäss aktuellen Schülerzahlen müssten ungefähr 800 neue Klassen gebildet und 1'350 Lehrpersonen zusätzlich ausgebildet werden. In Anbetracht der Lehrer- und Raumknappheit ist die Initiative, insbesondere für die Gemeinden, kaum zu bewältigen. Es entstünden – den Raumbedarf nicht eingerechnet – Mehrkosten von mindesten 120 Millionen Franken, wovon die Gemeinden 80 Prozent und der Kanton 20 Prozent tragen müssten.

Der Gegenvorschlag fordert ebenfalls Ressourcen, ohne eine Entlastung darzustellen. Die Aufstockung des kantonalen Pools um 100 Stellen bringt Mehrkosten von etwa 15 Millionen Franken mit sich. Damit kann keine Klasse tatsächlich entlastet oder verkleinert werden. Die Massnahme kostet also auch nur mehr, ohne zielführend zu sein.

Hauptprobleme erkennen

Es leuchtet ein: Das Hauptproblem einer schwierigen, unruhigen Schulklasse ist nicht die Klassengrösse. Belastend für unsere Schulen sind unter anderem die vielen, nicht zielführenden Reformen der vergangenen Jahre. Eine davon ist der übermässig praktizierte integrative Unterricht. Schwierigere Schüler wurden vor Einführung des neuen Volksschulgesetzes im Jahre 2005 oft in sogenannten „Besonderen Klassen“ (früher: Kleinklassen) im selben Schulhaus separiert unterrichtet und konnten bei einer Besserung relativ einfach wieder in die Regelklassen eingeteilt werden. Mit dem neuen Volksschulgesetz wird der Grundgedanke der „Integration“ über Biegen und Brechen durchgesetzt. Schwierige Schüler werden demnach grundsätzlich in die Regelklassen integriert oder, wenn sie in den Regelklassen gar nicht mehr untragbar sind, ganz separiert und in teure Schulheime geschickt. Ressourcen zur Bildung von „Besonderen Klassen“ sind, durch den vorgegebenen integrativen Unterricht, kaum mehr vorhanden.

Die SVP hat Lösungen

Die SVP kämpft seit Jahren gegen nicht zweckdienliche Reformen an. So fordert sie zum Beispiel mit einer Parlamentarischen Initiative im Zürcher Kantonsrat mehr Flexibilität für die Gemeinden bei der Einteilung der Lehrerstellen, auch zwecks Bildung von „Besonderen Klassen“. Viele weitere Bildungsthemen stehen zudem auf der SVP-Agenda, wie beispielsweise in Bezug auf den Lehrplan, die Anzahl Lehrpersonen, welche an einer Klasse unterrichten sollen und vieles mehr. Leider erhält die SVP in den Parlamenten oft nur wenig Unterstützung. Mit ihren Positionen im Bildungsbereich vertritt die SVP aber wichtige Anliegen von Schülern, Eltern und Lehrern, mit welchen sie am Puls der Bevölkerung politisiert.

Fazit

Die Klassengrösseninitiative und der Gegenvorschlag gehen in die falsche Richtung. Sie sind starr und fordern finanzielle sowie personelle Ressourcen, die in keinem Verhältnis zum Ertrag stehen. Für teure Symptombekämpfung fehlen uns schlichtweg die Ressourcen und letztlich leiden einmal mehr die Schüler. Aus diesem Grund müssen beide Vorlagen abgelehnt werden. Die SVP kämpft in den Parlamenten und mit der Bevölkerung weiter für eine qualitativ hochstehende Volksschule – zum Wohle des wichtigsten Gutes der Schule: unsere Schüler.